

Dieses Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gespalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 35545 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bred.

Druck von G. H. M. K. & S. A., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolastr. 7 & 8. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Der Arbeitszeitnotgesetzentwurf der Reichsregierung.

Die Regierungsvorlage über die Regelung des Überstundenwesens ist dem Reichstag zugewandt. Der Entwurf lautet:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird: Die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt I. Seite 1249) wird, vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Regelung, wie folgt geändert:

1. Der § 6 erhält folgenden Absatz 3:

Der Tarifvertrag ist nicht mehr als drei Monaten abgelaufen, so dürfen die im Absatz 1 bezeichneten Behörden nur Arbeitszeiten zulassen, die nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wären.

2. Der § 6 erhält folgenden Absatz 4:

Wird die Mehrarbeit nach Absatz 1 aus allgemein wirtschaftlichen Gründen zugelassen, so hat die zuständige Behörde sie davon abhängig zu machen, daß den Arbeitern über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ein angemessener Zuschlag gezahlt wird. Als angemessen gilt mangels einer abweichenden Vereinbarung ein Zuschlag von fünfundsowanzig vom Hundert. Kommt über die Berechnung des Zuschlags keine Einigung unter den Beteiligten zustande, so entscheidet darüber die zuständige Behörde endgültig. Die Vorschrift des Satz 1 gilt nicht für Lehrlinge.

3. Der bisherige Absatz 3 des § 6 wird Absatz 2.

4. Der § 9, Absatz 1, erhält folgenden Wortlaut:

Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Überschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohlens mit befristeter Genehmigung der im § 6, Absatz 1, bezeichneten Behörde zulässig.

5. Der § 11, Absatz 3, und der § 12 fallen weg.

Der neue Absatz 3 des § 8 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 kann unter Umständen für die Dauer von drei Monaten einen kleinen Schuß gewähren, wenn die seither tariflich geregelte Arbeitszeit die zwölfstündige war. Betrag 12 Stunden, und es kommt ein neuer Tarifvertrag nicht zustande, so ändert sich nichts zugunsten der Arbeiterschaft. Dieser neue Absatz 3 ist also recht harmlos für die Unternehmer.

Der neue Absatz 4 des § 6 ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der Entwurf bezeichnet einen Zuschlag von 25 Prozent des Lohnes für Überstundenarbeit als einen angemessenen Zuschlag. Man kann aus dieser Bemerkung schließen, daß unter diesem Prozentfuß nicht gezahlt werden darf. Es wird sich zeigen, ob die Überstunden zulassende Behörde der gleichen Auffassung ist, wenn sie in Streitfällen über die Höhe des Zuschlags entscheiden muß.

Der Absatz 1 des § 9 ist nach unserem Dafürhalten keine Verbesserung der bisherigen Bestimmungen. Die alte Bestimmung enthält die Bemerkung, daß in den unter den § 7 fallenden Gewerbezeigen mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit eine Überschreitung der Ausnahmen bis zu zehn Stunden überhaupt nicht zulässig sei. Diese Bestimmung fehlt in der neuen Fassung. Wenn mit dem Fehlen dieses Zwischenfasses zum Ausdruck gebracht werden soll, daß in den gesundheitsgefährlichen und lebensgefährlichen Betrieben alle Ausnahmen fortfallen, also auch die bis zu 10 Stunden, dann müßte das deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Uns scheint jedoch, daß nunmehr auch in den genannten Betrieben weitere Ausnahmen über 10 Stunden hinaus zulässig sind. Dagegen müßten wir protestieren, denn dann hätten wir ein Notgesetz, das die Not der Arbeiter dieser Gewerbezeige noch erhöhen würde.

Eine wirkliche, der heutigen Situation Rechnung tragende Regelung bedeuft der Wegfall des Absatzes 3 im § 11. Danach war seither der Unternehmer nicht strafbar bei Duldung „freiwilliger“ Mehrarbeit. Wer selbst jemals Arbeiter war, der kennt diese Freiwilligkeit nur zu gut.

Der Fall des Absatzes 3 § 11 könnte bei der Arbeiterschaft Genugtuung auslösen, wenn nicht die Verschlechterung des ersten Absatzes im § 9, wie bereits hervorgehoben, vorhanden wäre. Man denkt beim Lesen dieser Bestimmungen unwillkürlich an die Echterner Springproffession. Daß selbst eine demokratische Zeitung wie das „Berliner Tageblatt“ glaubt, gegen die Allgemeingültigkeit des Verbotes der freiwilligen Überarbeit (Wegfall des Absatzes 3 § 11) für das Zeitungsgerwebe Ausnahmen fordern zu müssen, eröffnet nicht die besten Aussichten. Hoffentlich läßt sich die demokratische Reichstagsfraktion in dieser Frage nicht beeinflussen. Es wäre ein Miß der Weltgeschichte, wenn die Demokraten sich schließlich von den deutschnationalen beschämen ließen. Würde mit Ausnahmen für das Zeitungsgerwebe erst angefangen, dann gäbe es kein Halten mehr. In diesem Punkte werden unsere Vertreter unerbittlich sein, wenn der Entwurf dieser Tage im Reichstag zur Beratung steht. Ebenso muß versucht werden, daß der im § 9 der seitherigen Arbeitszeitverordnung enthaltene, auf den § 7 verweisende Zwischenfassung erhalten bleibt. Im großen ganzen will die Regierung den Peß wachsen, ohne ihn naß zu machen.

Das Überstundenunwesen.

Das „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 5 vom 10. Februar 1927 brachte als Beilage die amtlichen Erhebungen über den Umfang der Überstundenleistungen in gewerblichen Betrieben. Es handelt sich allerdings nur um eine Stichprobe, die sich auf 3023 Betriebe in der Metall- und Maschinenindustrie, der Textilindustrie, der Lederindustrie und der Tabakindustrie erstreckt. Weshalb die Industriezweige, die in der unerhörtesten Weise Überstunden arbeiten lassen, bzw. unter behördlicher Aufsicht auf den „prinzipiellen“ Achtstundentag pfeifen, kann man nur ahnen. Weshalb wurden insbesondere die Kalkindustrie, die Papierherstellung, die Kalk- und Zementindustrie ignoriert? Etwa weil in diesen Industriezweigen die

der Erhebung Erfassten war, zeigt folgende Zusammenfassung:

Arbeitszeit	Betriebe	Beschäftigte	n. S.
bis 24 Stunden	32	5 845	0,76
über 24—30 Std.	47	9 013	1,33
30—36	123	22	3,13
36—42	226	54 951	7,37
42—48	418	110 043	14,76
48 Stunden	738	146 737	19,68
48—50	172	41 525	5,57
50—52	315	97 751	13,11
52—54	679	192 047	25,76
54—56	195	52 350	7,02
56—58	40	6 212	0,83
58—60	29	4 288	0,57
60 Stunden	7	843	0,11

Zunächst fällt auf, daß bei der Erhebung der Klein- und Mittelbetrieb nur gering berücksichtigt ist. Im Durchschnitt entfallen auf den Betrieb 246 Arbeiter. Weiter läßt sich nicht sehen, inwieweit in Betrieben einzelne Arbeiter, die länger als die Gesamtbelegschaft arbeiteten, der Gesamtbelegschaft mit der niedrigeren Arbeitszeit zugerechnet wurden oder tatsächlich, wie es vorgeschrieben war, durch Sonderzählblätter besonders erfasst und in den Gruppen mit der höheren Arbeitszeit gezählt sind. Die niedrige Betriebszahl in den Gruppen mit langer Arbeitszeit läßt erstere vermuten.

Weiter fällt auf, daß über ein Viertel der Erfassten (27,35 Prozent) weniger als 48 Stunden arbeiteten. Zum Teil mögen hierunter Arbeiter mit einer unter 48 Stunden vereinbarten Arbeitszeit sein, die also voll arbeiteten. Da dieses jedoch sicher höchstens bis zu einer Arbeitszeit von 46 Stunden zutrifft, ist alles unter 46 Stunden Kurzarbeiter. Die Zahl ist nicht klar zu erkennen, da die Gruppe 42 bis 48 Stunden nicht getrennt berechnet ist. Aber gering berechnet verbleiben mindestens 20 Prozent der Erfassten als Kurzarbeiter, während rund 27 Prozent eine normale Arbeitszeit von 46 bis 48 Stunden hatten und 35 Prozent darüber hinaus arbeiteten. Man hat weiter aus der Tatsache, daß nur 8,5 Prozent der Erfassten über 54 Stunden, und nur 0,11 Prozent über 60 Stunden arbeiteten, beweisen wollen, daß die Klagen der Gewerkschaften auch nach dieser Richtung übertrieben seien. Aber auch ohne dieses ist die errechnete Zahl, nämlich daß 8,5 Prozent der Erfassten sogar länger als 54 Stunden arbeiteten, eine furchtbare Anklage gegen eine Wirtschaft, die mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer nicht unterbringen kann.

Besonders beachtlich ist die hohe Zahl der Kurzarbeiter. Neben Kurzarbeit steht in der gleichen Branche unmäßig lange Arbeitszeit. Oft begegnen sich im gleichen Betrieb in starken und schnellen Schwankungen zu den gleichen Zeiten weitgehende Kurzarbeit und ungebührliche Überarbeit. Auch hier zeigt sich eine Form der Rationalisierung. Das Nachlassen in einer Abteilung wird sofort mit Kurzarbeit beantwortet, während in der Nachbarabteilung verstärkter Arbeitsandrang sofort lange Überarbeit auslöst. Die Betriebsleitung gibt sich nicht wie früher Mühe, im Betrieb selbst die Arbeit unter den Abteilungen auszugleichen. Verdienst, Gewinn, Rationalisierung ist die Parole. Mag doch der eine bei Kurzarbeit kurre gemacht werden, das Arbeitszeitgesetz läßt für den anderen Raubbau mit der Arbeitskraft zu.

So ist die Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung für jeden, der die Zahlen vorurteilslos werten will, ein Beweis, daß die Behauptungen der Gewerkschaften durchaus richtig waren.

Lange

hat es gedauert, bis einige deutsche Unternehmer einsehen, daß eine durch Überstunden oder Überstunden endlos verlängerte

Arbeitszeit

der Wirtschaft nicht förderlich ist, weil der Arbeiterkraft die körperliche und geistige Frische bei der Arbeit fehlt. Die allergrößte Zahl der deutschen Unternehmer ist auch der Meinung,

niedriger

Lohn läge im Interesse der Wirtschaft. Aus dieser Einstellung heraus erklärt sich ihr Streben auf Lohnabbau. Tatsächlich bewirken Arbeitslosigkeit und niedriger

Lohn

die Einschränkung des Konsums und damit auch der Produktion. Die Unternehmer schädigen damit die Gesamtheit. Die amerikanischen Unternehmer

sind

den deutschen Unternehmern in volkswirtschaftlichen Kenntnissen und deren Auswertung überlegen. Die Amerikaner verstehen besser die

Zeichen

der Zeit, während das deutsche Unternehmertum immer gewaltsam vorwärtsgehoben werden muß. Die meisten

kulturellen

Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse sind gegen das Unternehmertum durchgesetzt worden. Ein Zeichen allgemeinen kulturellen

Lebensstandes

sind heute noch die Lebensverhältnisse der Chinesen, der Inder und anderer: lange Arbeitszeit und Hungerlöhne. Das sollte uns Lehre sein.

Selbsthilfe für die Alten und für die Erwerbsunfähigen.

Die soziale Selbsthilfe der freien Gewerkschaften ist so alt wie diese selbst. Ebenso lange währt aber auch schon der Streit über die Zweckmäßigkeit praktischer Befähigung der Gewerkschaften auf diesem Gebiet. Eufrenlicher Weise wird der Teil der Gewerkschaftsmitglieder immer kleiner, der behauptet, daß durch die sozialen Unterstützungseinrichtungen die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft durch Erhöhung des Reallohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vernachlässigt würde. Man deutlich lehrt die Vergangenheit, daß die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften ein starkes Bandenglied sind. Je größer die sozialen Leistungen der Verbände um so geringer die Fluktuation unter den Mitgliedern. Die Entwicklung der Verbände mit gut ausgebauten Unterstützungseinrichtungen (Buchdrucker, Buchbinder) bekräftigt die Richtigkeit dieser Auffassung. Die praktische Hilfeleistung der freien Gewerkschaften dient jedoch nicht nur der Werbekraft und der Erhaltung und Festigung der Mitglieder, sie ist in einer bedeutenden sozialen Einrichtung geworden, so daß sie der Gewerkschaften oftmals als Muster gebiert hat. Einschließlich der Jahre 1924 und 1925 haben die freien Gewerkschaften in der Zeit von 1891 bis 1918 rund 340 Millionen Mark an sozialen Unterstützungen zur Auszahlung gebracht, davon unser Verband allein 32 Millionen Mark. Diese Summen zeugen von einer Unmenge geleisteter Arbeit, aber auch von einer großen Opferwilligkeit und einem starken Solidaritätsgefühl. Mit diesen Summen haben die Gewerkschaften die Notlage ihrer Mitglieder lindern helfen, wodurch die Durchführung der Kämpfe um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen erleichtert wurde.

Einen Zweig der sozialen Selbsthilfe hat unsere Organisation bisher nicht beachtet, die Einrichtung einer Unterstützung für die alten und erwerbsunfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Für diese Gruppen der Armen sollte die Organisation schnellstens eine besondere Unterstützungseinrichtung schaffen. Die Nationalisierung ist

12-Stundenschicht durch behördlichen Schiedspruch festgelegt

Trotzdem, das Bild ist auch ohne diese Gewerbezeige noch ein recht trübes. Zusammenfassend ergab die statistische Ermittlung:

Monat 1926	Betriebe	Erfasst Arb. Arbeiter	über 48 St. arbeiteten Betriebe	Arbeiter
April	3023	743 686	806	213 045
Juli		721 413	983	260 082
Oktober		745 621	1437	394 996

Interessant ist zunächst das sprunghafte Ansteigen der längeren Arbeitszeit. Trotzdem gerade in diesen Industrien die Arbeitslosigkeit nur wenig im Laufe des Jahres nachließ, steigt die Zahl der Betriebe mit über 48 Stunden vom April bis Oktober von 806 auf 1437, die der Arbeiter von 213 000 auf 395 000. Es war wirklich die höchste Zeit, daß die Gewerkschaften in diese Entwicklung entschlossen eingriffen. Im Oktober arbeiteten 52,97 v. H. der Beschäftigten mehr als 48 Stunden. Überträgt man diese Zahl auf die Gesamtzahl der in Gewerbe, Handel und Verkehr Beschäftigten (rund 16 Millionen minus zwei Millionen Arbeitsloser), so haben sicher mindestens sieben Millionen Arbeiter mehr als acht Stunden gearbeitet. Wie lang die Arbeitszeit der von

Zwei-Seelen-Theorie von Gewerbeaufsichtsbeamten.

Wer Gelegenheit hat, die einzelnen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über das Jahr 1925 zu lesen, wird etwas erstaunt sein über die kursorischen Darstellungen auf einzelnen Gebieten.

Was über die Betriebsräte im allgemeinen gesagt wird, mag in manchen Fällen bedauerlicherweise zutreffen. Aber es darf nicht der Anschein erweckt werden, als wenn das über die Tätigkeit der Betriebsräte Besagte allgemein zuträfe.

Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Unterfranken und Aschaffenburg, Oberregierungsrat Dipl.-Ing. F. Dümperl in Würzburg, schreibt z. B. auf Seite 2/117 des Jahresberichtes 1925 folgenden Absatz über die Mitarbeit der Betriebsräte bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren:

Grundsätzlich ihrer Mitarbeit bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in den Betrieben muß leider immer noch das nötige Verständnis für diese so wichtigen Befugnisse der Betriebsräte vermißt werden. In zahlreichen Fällen mußte sogar die Wahrnehmung gemacht werden, daß die zu den Revisionen zugezogenen (D. Schr.) Betriebsratsmitglieder den Anordnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten entgegenarbeiteten.

Das ist gewiß kein Lob für die Betriebsvertretungen; aber wie steht es mit den Fällen, in denen sich der Betriebsrat durch die Organisation oder persönlich an den Gewerberat wendet, und der Herr Gewerberat hält es gar nicht für nötig, den Betriebsrat zu fragen, geschweige ihn zwecks Auskunft, Beratung und Auskunft zu unterstellen.

Ein drastisches Beispiel soll das beweisen. Am 15. Oktober 1926 beschwerte sich der Arbeiterrat der A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg beim Gewerberat in Würzburg, daß am 11. Oktober 1926 eine Betriebskontrolle (durch eine Beamtin) durchgeführt wurde, ohne den Arbeiterrat hinzuzuziehen oder auch nur zu hören.

Der Gewerbeaufsichtsbeamte Würzburg, 21. Okt. 1926.

Im den Betriebsrats-Vorständen der A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation Aschaffenburg.

In Erwiderung auf Ihre Zuschrift vom 15. d. M. beehre ich mich mitzuteilen, daß der Gewerbeaufsichtsbeamte sowohl das Bestehen einer Betriebsvertretung als auch die Wohnung bekannt ist, die Betriebsvertretungen bei den Revisionen zuzuziehen. Nachdem es sich aber im vorliegenden Falle nicht um Revisionen des Betriebes handelte, vielmehr die Beamtin nur beauftragt war, in einer Angelegenheit, die nur die Arbeiterinnen betraf, besondere Erhebungen zu pflegen, war keine Veranlassung gegeben, den Betriebsrat zuzuziehen.

Da ist doch die Frage angebracht: Sind diese Arbeiterinnen nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes zu betrachten? Es wäre durch den Herrn Gewerberat aufzuklären, ob der Arbeiterrat der Zellstofffabrik Aschaffenburg nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten hat oder die Interessen aller im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer.

Ein anderer Fall, der ebenso oder noch krasser das Gegenteil von dem sagt, was der Herr Gewerberat berichtet, ist folgender:

Unterm 14. Dezember 1926 schrieb der Organisationsvertreter des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Aschaffenburg, an den Herrn Gewerberat, und machte ihn auf die fortwährend hohen Überstundenleistungen in den Zellstofffabriken Aschaffenburg und Stockstadt aufmerksam, und bat im Sinne des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers vom 9. November 1926 um Unterstützung in der Bekämpfung der ungehörigen sowie tarifwidrigen Arbeitszeitüberschreitungen.

Ein diesbezügliche Betriebsrevision über Überstundenleistung fand den... auch am 26. Januar 1927 statt. Das Ergebnis dieser Kontrolle war vollständig negativ ausgefallen. Und warum? Weil der Herr Gewerberat, trotzdem bereits eine Beschwerte des Arbeiterrats vorlag, wegen seiner Ignorierung bei Betriebskontrollen, wiederum (ob absichtlich oder

„verlebenslich“ nicht bekannt) den Arbeiterrat links liegen ließ und (scheinbar auch keine Aufklärung vom Arbeiterrat wünschte.

Wieso der Herr Gewerberat in seiner Mitteilung vom 31. Januar 1927 schreiben konnte, der Betriebsratsvorsitzende sowie dessen Stellvertreter im Werk Aschaffenburg konnte nicht einvernommen werden, weil beide am Revisionstage nicht anwesend waren, ist unverständlich, denn der stellvertretende Vorsitzende war an dem Tag (26. Januar 1927), wo der Herr Gewerberat zur Kontrolle da war, ebenfalls anwesend.

Wenn der Herr Gewerberat sich von einem Betriebsleiter durch den Betrieb führen läßt und dort und da einen Lehrlingen fragt, ob er auch Mittagspause hat, und dann wieder den Betrieb verläßt, dann kann ein Bericht wie der über 1925 zu den Bedenken kommen, denn der Herr Gewerberat hat ja keine Betriebsvertretung gesehen. Wollte er ihn sehen, dann hätte auch einmal die Frage auftauchen können, ob der Arbeiterrat so etwas wie ein Bureau hat, wo man ihn finden kann.

Daß eine Arbeitnehmerschaft zu solchen beherrschten Organen wenig Zutrauen haben kann, ist verständlich. Ein Gewerberat, der sich nur vom Unternehmer unterrichten läßt, ob abzustellende Mängel vorhanden sind, nebenbei die Betriebsräte auf den § 88 Ziffer 8 usw. aufmerksam macht, kann nicht als Vorbild empfohlen werden. Erst wenn die Gewerberäte wirklich wissen, zu was und zu welchem Zweck sie da sind, und wenn sie, anstatt die Betriebsräte nebenan zu stellen sich ihrer bedienen, und ganz besonders da, wo die Betriebsräte das selbst wünschen, werden die Gewerberäte den ihnen aufgegebenen Zweck erfüllen, nämlich dem Schutze der Arbeiter zu dienen.

Es ist zu hoffen, daß der Jahresbericht 1926 für Unterfranken auch die Fälle berücksichtigt, in denen der Gewerberat den Betriebsrat ganz absichtlich meidet und hinterher die Anrede gebraucht, die Betriebsvertretung war nicht zu Hause. Johann Brummer.

7. Ausschusssitzung des ADGB.

15. und 16. Februar 1927. Der Vorsitzende des ADGB, Leipzig, wies in seinem Bericht, mit dem er die Sitzung eröffnete, auf die Tatsache hin, daß der mit der Revision der Reichsregierung beauftragte Reichsarbeitsminister Dr. Curtius am 1. Februar die Gewerkschaften beauftragt, um ihre Meinung über die dringlichsten sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu äußern. Er erklärte, daß er es für selbstverständlich halte, daß auch in Zukunft die Gewerkschaften ebenso wie die Unternehmerverbände um ihre Meinung gefragt würden.

Die Gewerkschaften hatten erwartet, daß schon vor Weihnachten ihre Forderung nach Wiedereinführung des Achtstundentages erfüllt worden wäre. Statt dessen ist von dem Führer der Volkspartei die Regierung einvernehmlich heraufbeschworen worden, in der Absicht, eine Reichsregierung zustande zu bringen, um den Achtstundentag zu verhindern. Das Nothgesetz über den Achtstundentag ist die vorbringslichste sozialpolitische Frage und im Zusammenhang mit ihr eine Gestaltung des Arbeitschutzgesetzes, die den berechtigten Interessen der Arbeitnehmerschaft entspricht.

Der Vorstand hat sich bereit erklärt, in den Vorstand und Senat des Reichsarbeitsrates für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf einzutreten und dem neuen Museum alle Unterstützung der Gewerkschaften zuzusagen. Die Leitung der Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitspflege hat Dr. Meyer-Woodruff übernommen. Der Vorstand wird eine Reihe von Leuten herstellen lassen, von der Abgabe für Veranlassungsgänge usw. beschafft werden können, ebenso eine Reduzierung.

Genosse Graßmann macht Mitteilungen über die Verhandlungen mit Regierungsstellen und Fraktionen des Reichstages über Maßnahmen zur Einschränkung der Überzeitarbeit. Schon vor der Bildung der neuen Regierung haben die Vertreter der Gewerkschaften sehr wenig Entgegenkommen bei ihren Verhandlungen gefunden. Jetzt hat nun die Regierung einige Verordnungen auf Grund des § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung herausgegeben, durch die für einige Arbeitergruppen die Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt wird.

Ich werde dir sagen, was du mit den Manschetten gemacht hast, und klaffend, hatte er die Hand des Lehrers im Gesicht. Wahr ist es, was auf den Manschetten steht, brüllte Georg auf. Es war ihm in seiner maßlosen Enttäuschung herausgefahren, und er hätte jetzt nachträglich viel dafür gegeben, wenn er diese Worte hätte zurücknehmen können. Aber geschrien war geschrien. „Warte, Warte“, sagte der Herr Lehrer. Aus der Rinn vor der Wandtafel nahm er den Stock und zog ihn durch die Luft, daß es pfiff. „Komme mit!“, und der Lehrer trat mit Georg dessen Leidsenschaft an. Vor den Schülern sämtlicher Klassen ließ es jedesmal „Bück dich!“ und in jedem Klassenraum empfing Georg neue Prügel zu seiner eigenen Enttäuschung und als hässliches Exempel für die anderen. Beides waren Menschen, der Lehrer und der Schüler. Der eine hatte die Macht und mißbrauchte sie. Der Schüler war der seelisch Größere.

Nach einer Viertelstunde war der Rundgang beendet. Georg war halb wie der Tod. Er konnte sich kaum auf den Beinen halten. Er mußte sich an die Wandtafel anlehnen. Der Lehrer sprach: „So, willst du es jetzt noch immer abstreiten, daß du es gewesen bist?“ Der blasse Knabe reichte sich. „Jetzt sprach er: „Ich war es nicht.“ — „Bück dich!“ — Schon hörte der furchtbare Mensch zu einem neuen Schlage aus, da sprang der Knabe auf, der die Manschetten beschreiben hatte und rief: „So prügel Sie doch mich, bitte. Ich bin es gewesen. Georg, warum fragst du nicht gleich, daß ich es gewesen bin, obwohl du es wußtest!“ Maßlos errotet war er, und Tränen kullerten ihm aus den Augen.

wunderten Georg, der schon etliche Male die Schläge seines Lehrers erduldet hatte, ohne mit der Wimper zu zucken, stolz wie ein starker Held! Sie alle wußten, daß Georgs Mutter, die aus einem weltabgelegenen, oberstehischen Dorfe stammte, Analphabetin war und keine Entschuldigungsverweigerung konnte. Sie alle fühlten, daß Georg seinem Lehrer nur darum nichts sagte, weil er sich für seine arme Mutter schämte — und sie alle hatten erfahren, daß Georgs Vater zur See fuhr und bereits seit mehreren Monaten abwesend war. Wie konnten sie sich an ihrem ungerechten Lehrer rächen, der immer den Überlegen spielte und der doch nicht einmal fähig war, eine so einfache menschliche Sache zu durchschauen. Und schließlich fanden sie eine ihnen gütigere Lösung. Einer der Schüler, der sich freiwillig dazu erboten hatte, eilte ins Klassenzimmer zurück. Auf dem Pult standen die Manschetten des Lehrers, der um diese Zeit im Konferenzzimmer weilte. Mit verteilten, angelächelten Wachsbleiben schrieb er auf das gestrichelte Linnen: „Sie sind ein böser Mensch!“ Begeistert betrachtete er seine vollendete Arbeit. Da ging die Tür auf und Georg trat herein. „Das heißt, da nicht tan dürfen“, war alles, was er sagte. Es klangge. Die Pause ging zu Ende und ein Schüler nach dem anderen kam herein. Zuleist erstiegen der Lehrer, und der große Augenblick der Entscheidung war gekommen. Mit finstern Augen sah der Lehrer in den Reihen seiner Schüler nach dem Täter. Sein erster Blick fiel auf Georg, den er vor der Pause geschimpft hatte. — „Georg, raus! Warte da in der Pause im Klassenzimmer!“ — „Ja!“ — „Was hast du im Klassenzimmer zu suchen?“ — „Ich hatte mein Heft vergessen!“ — „Was hast du hier oben dann weiser getrieben?“ — Georg schwieg. — „Nichts!“ — „Du lägst!“ — „Schrie der Lehrer. Georg senkte fall den Kopf. — „Was hast du mit meinen Manschetten gemacht?“ — „Nichts habe ich mit den Manschetten gemacht!“

„Bück dich!“

Ein Schülerleben mit einem Prügelpädagogen.

Von Heinrich E. Schmitt.

Es ist noch nicht lange her, seitdem diese Geschichte passierte, und sie hat sich trotz Krieg, Revolution und Schulreform ereignen können. Sie ist hier nicht erzählt, um anzulagen, sondern damit sie nicht mehr geschrieben kann. Dann wäre sie nicht unpopulär erschienen worden.

„Bück dich!“ — Mit voller Wucht hatten die drei Streiche auf den Knaben niedergedrückt. Ohne einen Laut von sich zu geben, nahm er sie hin. — „Wie er sich weh!“ Mit überlegenen Augen sah er zu seinem Lehrer auf, der zu ihm sagte: „Siehst du, das hast du getan, wenn du ohne eine Entschuldigung schickst. Das nächste Mal gibt es vier!“

Georg, der als Geizhals letzte sich. Man hätte eine Strafnote zu Boden fallen hören können, so still war es in der Klasse. Selbst die wilden Jungen sahen mit Blasen und angelegenen Gesichtern da. Ein jeder Schlug, der ihren Schulkameraden getroffen hatte, war ihnen wie ein Pfeilchen ins Herz gegangen. Daselbe Schauspiel wiederholte sich am anderen Tag. Georg, was? — Warum bist du gestern nachmittags nicht zur Schule gekommen?

„Ich möchte bei meiner kranken Mutter bleiben!“ — „Wo hast du deine schriftliche Entschuldigung?“ — „Ich habe keine!“

„Warum hast du keine?“ — Wie gestern schimpfte Georg und wieder hatten die Streiche des gestrigen Lehrers auf den Körper des armen Jungen niedergedrückt.

In der Pause fanden die Klassenkameraden zusammen. Sie schrien sich gegenseitig wie immer. Sie beschloßen, sie be-

Die Ermächtigung der Schlichtungsbehörden den durch die...
Ansprüche der Arbeitnehmer...
Schlichtungsbehörden...
Arbeitsvertrag...
Arbeitsvertrag...

In der nun folgenden Debatte wurde von den Vertretern aller...
Verbands eine lebhaft scharfe Kritik an der unverantwortlichen...
Bundesarbeitsrat...
Bundesarbeitsrat...

Das einleitende Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Jugendurlaub muß bis zum 18. Jahre ausgedehnt werden...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Die Gewerkschaften verlangen die gesetzliche Mitwirkung bei...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Soll das Arbeitsvertragsgesetz ein Rahmengesetz werden, das durch...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Kernpunkt des Entwurfs ist die Regelung der Arbeitszeit...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Bekanntlich ist der Arbeiterstand im Verhältnis zur Vor...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Entwurf sieht zwar grundsätzlich eine Arbeitszeit von acht...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Ferner hat man die Möglichkeit anderweitiger Arbeitszeit...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Die Gewerkschaften lehnen nicht grundsätzlich jede Überarbeit...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Von großer Bedeutung ist die Frage der Arbeitsbereitschaft...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Entwurf sieht bei ununterbrochener Arbeit eine Arbeitswoche...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Es werden unter Durchsicht der gegenwärtigen Regelung...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Bundesrat fordert von der Reichsregierung und dem...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Die Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugend...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Die Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugend...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Geltungsbereich des Arbeitsvertragsgesetzes muß sich in...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der Geltungsbereich des Arbeitsvertragsgesetzes muß sich in...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Zuoberst nahm der Bundesausschuß gleichfalls einstimmig in...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Das von den großen Wirtschaftsverbänden der Unternehmer...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Die Rechte der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Alle einleitenden Mieterhöhungen müssen durch gleichzeitige...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt...
Arbeitsvertragsgesetz...
Arbeitsvertragsgesetz...

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie der Vereinigten Staaten Nordamerikas und ihre deutsche Mutte

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die amerikanische Spielwarenindustrie hat sich in der...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Spielwarenerzeugung. Die amerikanischen Puppen kommen...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Daß die Spielwarenproduktion in Amerika in den letzten...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Wie das Natürliche bei der Produktion herangezogen wird...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Table with 2 columns: Spielwarengattung, Dollar. Lists various toys and their production values in dollars.

Mängel in der Lieferung von Spielwaren aus Deutschland

Einem Handelsbericht aus Budapest von Anfang Januar 1927...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Der weitaus größte Bedarf aller Spielwaren wird trotz des...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Der Import aus Amerika ist seit Ende Oktober...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Hier taucht die Frage auf: Warum liefert der deutsche...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Die Beobachtungen der letzten Jahre haben uns gezeigt...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Durch diese mangelhafte Bedienung werden natürlich die...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Will die deutsche Spielwarenindustrie ihr Ansehen im...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Will die deutsche Spielwarenindustrie ihr Ansehen im...
Spielwarenindustrie...
Spielwarenindustrie...

Rechtssprechung

Zur recht...
Rechtssprechung...
Rechtssprechung...

Unser Kollege Oßfenschek ist wegen Verletzung eines Funk...
Rechtssprechung...
Rechtssprechung...

Schreiben, sind wir gezwungen, einer bestimmten Person gegen...

Im Namen des Volkswirts

Privatklage des Gruppenleiters des Gewerkschafts Deutscher...

Richtungsgericht Kobbe als Richter, Berichtschreiber Forst als Berichtschreiber.

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung in zwei...

Wirtschaftliches

Rationalisierungserfolge

Im Berliner Tageblatt Nr. 86 vom 20. Februar 1927 brachte...

I. Steigerung der Tagesleistung

Table with columns for Hochöfen and Stahlfabrik, showing production and workforce changes from 1925 to 1926.

II. Steigerung der Hochofenleistung

Table showing monthly iron production per blast furnace in Germany from 1924 to 1926.

Die Erzeugung je Hochofen ist demnach in der Zeit vom...

Die Steigerung der Hochofenleistung in Deutschland im...

Table comparing monthly iron production per blast furnace in Germany, France, Belgium, and USA from 1924 to 1926.

Die monatliche Roheisenerzeugung pro Hochofen ist demnach...

Diese außerordentlichen Erfolge der Rationalisierung in...

Rationalisierung und niedrige Löhne

Auch in Kreisen von Nichtarbeitnehmern bricht sich zunehmend...

wirtschaftliche Nachteile im Gefolge hat. So betont der...

Erkenntnis der 'Deutschen Bergwerkszeitung'

Es kommt nicht oft vor, daß eine Zeitung der Schwerindustrie...

Man spricht immer von Überföderung und Überproduktion...

Das ist ja erstaunlich! Die 'Deutsche Bergwerkszeitung'...

Kongerne

Über Kongerne, Interessengemeinschaften und ähnliche...

Table showing nominal capital of industrial groups in Germany in 1926.

Die Statistik ist allerdings nicht einwandfrei. Sie enthält...

Internationale Arbeiterbewegung

Aus der russischen Streikstatistik

In dem vor kurzem veröffentlichten Tätigkeitsbericht des...

Table showing the number of strikes in Russia from 1924 to 1926.

Die wachsende Gewöhnung der Arbeiterschaft, die Arbeitskonflikte...

Die Zahl der Konflikte Die Zahl der beteiligten Arbeitnehmer

Table showing the number of conflicts and involved workers in Russia from 1924 to 1926.

Speziell für das Jahr 1926 heißt es in dem Bericht, es sei kein...

mittelbaren Anteilnahme und Einwirkung der Gewerkschaften...

Über den Ausgang der Streiks können wir auf Grund des...

Table showing the percentage of strikes with different outcomes.

Beachtenswert ist die relativ hohe Zahl der Streiks, die mit...

Gewerkschaftliche Nachrichten

KPD-Abweichungen - Wichtiges Auftreten

Die 'Rote Fahne' Nr. 47 vom 25. Februar 1927 brachte...

Mit der Beibehaltung unserer Arbeit in den freien Gewerkschaften...

Der Reichsparteitag möge daher beschließen, daß neben der...

Das JA muß durch eine generelle Umwertung an alle...

Jene, bei denen die 'Abweichungen' vorkommen, sind - zu...

Rundschau

Schülermonatskarten für Lehrlinge

Seit einigen Monaten besteht bei der Deutschen Reichsbahn...

Damit wird manchen Arbeiterkern eine fähbare Erleichterung...

Opfer des Alkohols

Die Trinkerfürsorgestelle des Bezirksvereins gegen den...

Literarisches

Psychologie und Sozialismus. H. Freund bringt einen sehr...

Lachen links ist das republikanische Witzblatt. Jede Nummer...

Das Arbeitsgerichtsgesetz, vollständiges Gesetz, gemeinverständlich...

Der Mensch, sein Körper und seine Lebensfähigkeit. Von Max...

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Nachklänge zur Kalipreiserhöhung.

Als die Rationalisierung in der Kaliindustrie ihrem Abschluß entgegen ging, unterbreitete das deutsche Kalisyndikat dem Reichskalirat in der Sitzung vom 11. August 1926 den Antrag, die seit dem 16. April 1925 bestehenden Kalipreise um 18 Proz. zu erhöhen. Selbst in einem großen Teil der bürgerlichen Presse löste das Vorgehen des Kalisyndikats einen Sturm der Entrüstung aus. Der Vertreter des Kalisyndikats führte damals zur Begründung der Preiserhöhung aus, daß sich die Kaliindustrie in einer Notlage befände und unbedingt eine Erhöhung ihrer Preise haben müsse, wenn nicht weitere Werke stillgelegt werden sollten. Er erklärte weiter, daß sich der Nettoerlöspreis im Jahre 1926 bei einem geschätzten Absatz von 11 Millionen Doppelzentner Reinkali auf 13,26 Mark stellen werde. Die Begründung zu der notwendigen Preiserhöhung gipfelte in den Ausführungen, daß das Kalisyndikat mit den damals bestehenden Preisen nicht mehr auskommen könne, weil bei jedem Doppelzentner Reinkali der Betrag von 1,79 Mark zugeföhrt werden müsse. Diese Ausführungen des Syndikatsvertreters haben bei manchem Kenner der Verhältnisse ein bedenklches Kopfschütteln ausgelöst. Die Verhältnisse lagen damals so, daß der Antrag des Syndikats auf Annahme vom Reichskalirat wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Deswegen brachte ein Vertreter des Handels einen neuen Antrag ein, wonach die Preise um 12 Prozent erhöht werden sollten. Der Antrag wurde zwar mit Stimmenmehrheit angenommen, aber, da wahrscheinlich selbst dem Reichswirtschaftsminister die Angaben des Syndikats als stark übertrieben vorkamen, beantragte der Minister die beschlossene Preiserhöhung. In ausführlicher Begründung (vergl. Berliner Börsenkurier vom 12. Oktober 1926) gab der Reichswirtschaftsminister den Kaliindustriellen zu verstehen, daß die Angaben des Syndikats zu seiner Auffassung nach nicht den Tatsachen entsprechen und auch aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Preiserhöhung nicht gerechtfertigt erscheint.

Auch wir haben damals darauf hingewiesen, daß die Angaben des Kalisyndikats mindestens stark übertrieben sind und die angeblich ungünstige Wirtschaftslage der Öffentlichkeit nur vorgefälscht wird. Wer uns konnten wir uns hierbei auf eine andere Berichterstattung des Kalisyndikats, und zwar auf die Ausführungen in dem englischen Emissionsprospekt, welchen das Kalisyndikat gelegentlich der Kallanleihe zu Anfang des Jahres 1926 herausgegeben hat. Während man in den deutschen Zeitungen immer wieder die äußerst ungünstige Wirtschaftslage der Kaliindustrie schilderte, wurde in dem Prospekt auf die äußerst günstigen Geschäftsergebnisse im Jahre 1925 hingewiesen, wobei nach Angaben des Kalisyndikats ein

Reingewinn von 50 Millionen Goldmark erzielt wurde. Der Reingewinn war also auch im Jahre 1925 bedeutend höher als die Lohnsumme, welche für die gesamten Kaliarbeiter in demselben Jahre ausgezahlt wurde. Keine andere Industrie hatte damals auch nur annähernd so günstige Geschäftsergebnisse aufzuweisen. Wir haben auch damals schon behauptet, daß die Kaliindustrie zu den gesündesten Industrien Deutschlands zählt.

Nach dem im Monat August 1926 rechtsunwirksam gewordenen Preiserhöhungsbefehl des Reichskalirats wurden Öffentlichkeit und Behörden weiter gekäufcht, um die Preiserhöhung doch durchzusetzen. Auch das Reichswirtschaftsministerium wurde von neuem bestürmt, um es für eine Preiserhöhung zu gewinnen. Darauf wurden vom Reichswirtschaftsministerium gegen Ende des Jahres 1926 wiederum Erhebungen über die Wirtschaftlichkeit einzelner Kaliwerke vorgenommen. Hierbei ist festgestellt, daß die Lage der Industrie sich seit dem Sommer 1926 nicht verbessert habe, aber daß die Möglichkeit vorliege, bei größerem Absatz eine weitere Senkung der Selbstkosten zu erzielen. Daß dazu erst lange Erhebungen notwendig waren, ist uns unverständlich. Diese Angaben hätte das Reichswirtschaftsministerium von jedem Lohnbuchhalter auf den Kaliwerken bekommen können. Wenn die wirtschaftliche Lage der Kaliindustrie Ende des Monats November bzw. Anfang Dezember 1926 nicht besser war, als im Sommer 1926, ist sie zweifellos auch nicht schlechter gewesen. Und trotzdem hat der Reichswirtschaftsminister gegen den Beschluß des Reichskalirats vom 22. Dezember 1926 die Kaliinlandspreise um durchschnittlich 9,5 Prozent zu erhöhen, keinen Einpruch erhoben. Die Kaliindustriellen haben demnach vom 23. Dezember 1926 an eine Erhöhung der Kalipreise vornehmen können.

Dem Reichswirtschaftsminister konnte nicht unbekannt gewesen sein, daß seit den Monaten August bis Dezember 1926 eine weitere wirtschaftliche Verbesserung der Kaliindustrie dadurch eingetreten war, daß durch Verständigung mit der elßässischen Kaliindustrie Maßnahmen durchgeführt wurden, wonach die Auslandspreise für Kalisalze, welche bis zum Monat November 1926 zum Teil noch erheblich unter den Inlandspreisen lagen, diesen gleichgestellt wurden.

Am 22. Dezember 1926 schilderte in der Reichskaliratssitzung der Vertreter des deutschen Kalisyndikats mit beredten Worten wiederum die Notlage der deutschen Kaliindustrie, wonach die Industrie unbedingt eine Preiserhöhung haben müsse. Am 19. Februar 1927 veröffentlicht das deutsche Kalisyndikat in der englischen Zeitschrift „Economist“ einen Artikel, in welchem es zum Schluß u. a. heißt:

Der Rationalisierungsprozeß ist nun vollendet, die Schwierigkeiten bezüglich der Bestimmung der Inlandspreise sind beseitigt. Am 22. Dezember 1926 hat der Reichskalirat und der Reichswirtschaftsminister einer Erhöhung der Kalipreise um 9 1/2 Prozent zugestimmt. Niemals in ihrer Geschichte war die deutsche Kaliindustrie gesünder als heute.

Ihre Einnahmen aus der Ausfuhr betrugen 1925 84 Millionen Mark und im Jahre 1926 dagegen 90 Millionen Mark. Im Jahre 1926 gelang es ihr, vier wichtige Erfolge zu erringen:

1. Die Durchführung einer weltstreichenden Rationalisierung.
2. Befestigung ihrer kurzfristigen Schulden durch eine langfristige Auslandsanleihe. Der Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Anleihe nimmt nur ein Siebtel bis ein Achtel der Einnahmen in Anspruch, weshalb der Schulden dienst der deutschen Kaliindustrie keine unerträgliche Belastung darstellt und vom „Economist“ sehr überschätzt wird.
3. Erhöhung der deutschen Inlandspreise.
4. Eine langfristige Vereinbarung mit Frankreich.

Das deutsche Kalisyndikat reagiert hierbei auf einen früheren Artikel des „Economist“ von der angeblich geschwächten Position des deutschen Kalisyndikats, welcher dieselbe ebenfalls auf Grund der Berichterstattung des Kalisyndikats — aber aus deutschen Zeitungen — in der genannten Zeitschrift gebracht wurde.

Die Angaben des deutschen Kalisyndikats sind insofern recht interessant, da in der englischen Zeitschrift zugegeben wird, daß die deutsche Kaliindustrie niemals gesünder war als heute. Die Einnahmen aus der Ausfuhr sind recht bezeichnend dafür. Um ein klares Bild darüber zu gewinnen, geben wir nachstehend eine Gegenüberstellung der betreffenden Zahlen von den Jahren 1925 resp. 1926.

	1925:	1926:
Gesamtabsatz	12 255 117	10 998 618 dz Reinkali
Inlandsabsatz	7 727 586	6 942 844 dz Reinkali
Auslandsabsatz	4 528 933	4 055 773 dz Reinkali
Einnahmen aus dem Auslandsabsatz	84 000 000	90 000 000 Mark
Durchschnittspreis vom Auslandsabsatz je dz Reinkali	18,58 Mark	22,19 Mark

Aus dieser Gegenüberstellung ist ersichtlich, daß der Auslandsabsatz des Jahres 1926 um rund 1/4 Million Doppelzentner Reinkali gegenüber dem Jahre 1925 zurückgeblieben ist. Die Einnahmen aus dem Auslandsabsatz haben sich aber gegenüber dem Vorjahr von 84 auf 90 Millionen Mark erhöht. Damit ist auch der Durchschnittspreis je Doppelzentner Reinkali beim Auslandsabsatz von 18,58 Mk. im Jahre 1925 auf 22,19 Mk. im Jahre 1926 gestiegen. Die Erhöhung der Auslandspreise ist auf das deutsch-elßässische Kaliabkommen zurückzuführen. Bis im November 1926 haben die Auslandspreise zum Teil noch erheblich unter den Inlandspreisen gelegen.

Aus den Angaben des deutschen Kalisyndikats an den „Economist“ kann man aber auch ungefähr die Gesamteinnahmen des deutschen Kalisyndikats errechnen. In den deutschen Handelszeitungen wurden die Gesamteinnahmen des Kalisyndikats im Jahre 1925 mit rund 180 Millionen Mark angegeben. Legt man bei der Berechnung zu den Gesamteinnahmen den unter den Inlandspreisen liegenden Auslandspreis zugrunde, so ergibt sich für die Jahre 1925/26 folgendes Bild:

	1925:	1926:
Gesamtabsatz	12 255 117	10 998 618 dz Reinkali
Durchschn. Auslandspreis	18,58 Mark	20,19 Mark
Gesamteinnahmen des Kalisyndikats	228 700 073	244 059 333 Mark
17 Proz. Händlerabatt	38 879 012	41 493 088 Mark
Nettoeinnahmen des Kalisyndikats	189 821 061	202 566 247 Mark

Die Berechnung ist in beiden Fällen auf Grund der niedrigeren Auslandspreise vorgenommen. Hierbei dürfen die Rabatte, welche das Kalisyndikat der deutschen Landwirtschaft in den Sommermonaten gewährt, weitgehend berücksichtigt sein. Die Berechnung zeigt, daß, trotzdem der Absatz des Jahres 1926 um rund 1 1/4 Millionen Doppelzentner Reinkali gegenüber 1925 zurückgeblieben ist, die Nettoeinnahmen des Kalisyndikats in der gleichen Zeit um 12 1/2 Millionen Mark gestiegen sind. Handel und Industrie haben auch im Jahre 1926 ein sehr gutes Geschäft gemacht. 41 Millionen Mark bekommen ein Dutzend Großhändler, 37 Millionen Mark an Löhnen bekommen rund 23 000 Kaliarbeiter. Daß diese zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit vom Reichswirtschaftsminister noch geduldet wird, ist uns unverständlich. Dem Reichswirtschaftsminister scheinen aber diese Geschäftsergebnisse noch nicht genügend zu sein, deshalb ist die 9,5prozentige Preiserhöhung wahrscheinlich auch unbeanstandet geblieben.

Wir heben ausdrücklich hervor, daß die von uns gemachten Angaben keine absoluten, sondern nur Annäherungswerte sind, errechnet auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse und der Berichterstattung des deutschen Kalisyndikats an den „Economist“. Die von uns errechneten Zahlen sind eher zu niedrig als zu hoch beziffert. Der Unterschied gegenüber den Angaben des Kalisyndikats im August 1926 ist aber so auffallend stark, daß es notwendig wird, daß sich die Öffentlichkeit und auch die Behörden etwas mehr als bisher um die Kaliwirtschaft bekümmern.

Im August 1926 errechnete das Kalisyndikat bei einem geschätzten Absatz von 11 Millionen Doppelzentner Reinkali einen durchschnittlichen Nettoerlöspreis von 13,26 Mark für den Doppelzentner. Wir haben bei änkterst vorsichtiger Berechnung dafür den Betrag von 18,41 Mark errechnet. Wir wollen nicht behaupten, daß das Kalisyndikat bzw. deren Ver-

treter im August 1926 wesentlich die Unwahrheit gesagt hat, weil mitten im Jahr das Geschäftsergebnis des gesamten Jahres nicht einwandfrei übersehen werden kann. Wir haben aber damals hervorgehoben, daß wir es von der Kaliindustrie gewöhnt sind, daß die wirtschaftliche Lage der Industrie in den schwärzesten Farben gemalt wird, wenn es sich um Berichterstattung vor der aufsichtsführenden Behörde der Kaliindustrie bzw. der deutschen Öffentlichkeit handelt. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir auch heute wieder sagen, das Kalisyndikat hat es bisher sehr gut verstanden, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Außerst notwendig wird es daher sein, daß sich auch der Enqueteausschuß des Reichstages mit dieser Angelegenheit einmal recht gründlich beschäftigt.

Nicht genug kann darauf hingewiesen werden, daß in erster Linie die Kaliarbeiter aus den Vorgängen in der deutschen Kaliindustrie ihre Konsequenzen ziehen sollten. Die Kaliindustriellen sorgen zwar durch lange Arbeitszeit dafür, daß den Kaliarbeitern Zeit und Gelegenheit zum Nachdenken darüber fehlt, aber diese Vorgänge dürften den Kumpels doch zu denken geben. Infolge der durchgeführten Rationalisierung sind den Kaliindustriellen im vorigen Jahre ungeahnte Reichtümer zugeflossen. Auf Kosten der Kaliarbeiter ist die Rationalisierung in erster Linie durchgeführt worden. Kollegen, ihr als Übertags- und Fabrikarbeiter seid hierbei die größten Ausbeutungsobjekte gewesen. Zeigt den Unternehmern, daß ihr nicht länger gewillt seid, bei niedriger Entlohnung 10 bis 12 Stunden in den Betrieben zu schuften. Zeigt, daß ihr gewillt und entschlossen seid, von der Rationalisierung zu profitieren in Form von

kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen. Jetzt ist euch durch die Kündigung des Manteltarifvertrages die Möglichkeit so bald wiederkehrende Gelegenheit gegeben, die achtstündige Arbeitszeit wieder zu erkämpfen.

Nützt die Gelegenheit aus! Werbt neue Kämpfer! Werbt neue Mitglieder für den Fabrikarbeiterverband! w.b.

Kapitalprofit gegen Gemeinwirtschaft.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands am 24. Januar hielt Professor Dr. Caro einen Vortrag über die Stickstoffindustrie. Aus seinen Ausführungen ist als Grundton festzuhalten, daß die Stickstoffproduktionsverfahren einer Verbesserung kaum noch zugänglich sind, daß die deutsche Stickstoffindustrie ihre Aufgabe, die Landwirtschaft mit gutem, preiswertem Stickstoffdünger zu versehen, erfüllt hat, daß die Errichtung neuer Stickstoffdüngerefabriken untunlich, sogar schädlich ist und daß eine Beteiligung der Staaten oder des Reiches an der Stickstoffdüngereindustrie zurückgewiesen werden muß.

Caro gibt an, daß in der Stickstoffindustrie Kleinbetriebe erflenzunfähig sind. Eine in Bayern projektierte Anlage soll jährlich 10 000 Tonnen Stickstoff liefern, wofür ein Anlagekapital von rund 37 Millionen Mark erforderlich ist. Eine Vergrößerung der Leistung der Trostberger Stickstoffanlagen um diesen Betrag würde, unter Berücksichtigung des dadurch verringerten Kraftverbrauchs, nur rund 3 Millionen Mark erfordern. Caro glaubt sogar, daß eine Erhöhung der Umkehrungsgeschwindigkeit der Kompressoren in Oppau und Leuna eine Erhöhung der Erzeugung um weit mehr als 10 000 Tonnen Stickstoff im Jahr ergeben würden.

Alle bisher bekannten Produktionsverfahren, sei es mit bestimmten Katalysatoren, unter geringeren Druckverhältnissen wie bisher, oder auf dem Wege der Gewinnung von Aluminiumnitrid, haben sich in der Großtechnik nicht bewährt. Wo andere Ansichten vertreten worden sind, beruht das auf ungenauen oder falschen Angaben über die Rentabilität und den Kapitalbedarf neuer Projekte.

Ganz besonders wendet sich Caro gegen ein Projekt eines Kalikonzerms, der eine neue Stickstofffabrik nach einem schwedischen Verfahren errichten will. Gemeint ist damit die Stickstoffanlage der Mont-Cenis-Grube, woran auch der preussische Staat als Besitzer der Hibernia beteiligt ist.

Aber die Einseitigkeit seiner Darstellungen ist sich Caro selber klar, denn er sagt in seinem Schlußwort, er sei sich bewußt, daß seine Ausführungen nicht nur dazu beitragen werden, ihm Freunde zu erwerben.

Das „Magazin der Wirtschaft“ vom 24. Februar 1927 nimmt zu den Ausführungen Caros Stellung. In dem betreffenden Artikel von Professor Dr. Oppenheimer wird gesagt, daß Caro in der Stickstoffindustrie eine prominente Persönlichkeit darstellt, deren Worte ein bestimmtes Gewicht besitzen und beachtet werden müssen. Caro ist aber selbst Interessent und hat seinen Vortrag vor Interessenten gehalten. Die ganze Materie muß deshalb kritisch bewertet werden. Wenn auch nach Ansicht dieses Sachverständigen auf dem Gebiete der Stickstoffproduktion zur Zeit eine Stabilisierung erreicht ist und auch großtechnisch der Zustand für einigermaßen stabilisiert anzusehen ist, und die Veröffentlichungen über neue Verfahren mit größter Skepsis aufgenommen werden müssen, so kann doch auf dieser Ansicht ein abschließendes Urteil über die Zukunftsbedeutung des Mont-Cenis-Verfahrens in der Stickstoffindustrie nicht aufgebaut werden.

Die Ausführungen Caros sind in erster Linie gegen die Stickstoffprobleme der Kali-Industrie in Verbindung mit dem Ruhrbergbau, woran auch der preussische Staat beteiligt ist, gerichtet. In den Händen der Stickstoffdüngerefabrikanter ist ein so ungeheures Kapital vereinigt, und die Machtbefugnisse dieser Gesellschaften sind durch die alleinige Beherrschung des gesamten Düngemittelmarktes so groß, daß es im Interesse des gesamten Volkes liegt, wenn eine neue Gesellschaft die Produktion von Stickstoffdünger aufnimmt. Dagegen wehren sich die bisherigen Stickstoffdüngerefabrikanter, weil ihre Preispolitik durch einen neuen Großbetrieb gestört werden

kann. Ganz besonders hat es ihnen aber die Mitbeteiligung des preussischen Staates angefallen. Und wenn Caro in seinem Vortrag ausführt, daß jeder, der eine Stickstofffabrik neu errichten will, dies geselligst auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko tun soll, so sind diese Ausführungen nur ein Versteckspiel.

Herr Professor Dr. Caro selbst hat es ausgezeichnet verstanden, sich durch Mißhilfe des Reiches die Grundlagen seiner Industrie beseitigen zu lassen. Als den bayerischen Stickstoffwerken, deren Leiter Herr Caro ist, vom Reich die Auflage gemacht wurde, daß er unter Vereinstellung von 40 Millionen Mark Reichsgeldern 2 neue Kalkstickstofffabriken errichten solle, hat er dies getan. Es wurde das Reichswerk Piestertig und das Stickstoffwerk in Chorjow gebaut. Beide Werke wurden später von den Bayerischen Stickstoffwerken, also von Herrn Professor Dr. Caro in Pacht genommen und betrieben. Das Werk in Chorjow befindet sich vorläufig noch widerrechtlich im Besitz Polens. Das Werk in Piestertig haben die Bayerischen Stickstoffwerke an die J.-G. Farbenindustrie verpachtet, die darin eine Phosphorsäurefabrik errichtet hat. Die Produktion in Piestertig, die mit Reichsmitteln ermöglicht wurde, haben die Bayerischen Stickstoffwerke unter Leitung Caros an sich gezogen. Sowie wir eine Übersicht gewinnen konnten, haben die Reichswerke Piestertig wirtschaftlich gearbeitet.

Caro spricht in seinem Vortrag von einer Stabilisierung der Stickstoffproduktion. Produktion und Bedarf sollen sich angleichen. Nun wird aber fortgesetzt in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft für Abnahme größerer Stickstoffmengen erzogen werden müsse, damit der Boden ertragreicher und dadurch das deutsche Volk von der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel befreit wird. Das ist gegenwärtig das Feldgeschrei der Stickstoffdüngerindustrie. Wenn aber der landwirtschaftliche Boden für größere Stickstoffdüngermengen aufnahmefähig ist, kann der Bau einer neuen Großanlage für Stickstoffdünger nicht mit dem Hinweis, daß der Staat sich an solchen Einrichtungen nicht beteiligen soll, endgültig erledigt werden. Es wäre eine dankbare Aufgabe der gesamten Arbeiterpresse, wenn sie dem Kampf der Industrie gegen die Gemeinwirtschaft größeres Augenmerk zuwenden würden. Hinter allen gewundenen Redensarten der Industriebarone auf die Schädlichkeit der Mitwirkung der öffentlichen Hand im Produktionsprozeß steht nur die Furcht, daß die private Ausbeutungsmaschine der deutschen Industrie ein klein wenig langsamer laufen müßte und dem schrankenlosen Preisdiktat der Unternehmer entgegengegearbeitet werden könnte. O. Haupt

Konferenz der Kalkfabrikarbeiter in Hildesheim.

Am Sonntag, dem 20. Februar, fand in Hildesheim eine Konferenz der Kalkfabrikarbeiter für den Bezirk Hannover-Verden-Verl. abgehalten vom Gew. I. Hannover.

Die Konferenz beschäftigte sich mit der durch die Kündigung des Mandatvertrages für die Kalkindustrie geschaffene Lage. Der Referat erstattete der Kollege Hoyer, Hannover. In der Ansprache wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß auf Grund der technischen sowie organisatorischen Umstellung eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden könnte. In der Provinz Hannover seien ca. 40 Kalkbetriebe tätig. Die noch in Betrieb befindlichen Kalkwerke hätten noch die Möglichkeit, Feuerstätten einzulegen. Durch die Einführung der 10-stündigen Arbeitszeit für die Überlagerarbeiter würden die Kalkwerke in ihrer Leistungsfähigkeit nicht gehemmt. Fabrikarbeiter sind infolge der Einstellung von Kalkwerken in genügender Anzahl vorhanden. Nicht aus wirtschaftlichen Gründen hätten die Arbeitgeber die 10- und 12stündige Arbeitszeit anstrebt. Ihr Verhalten sei auf den „Herr-im-Haule-Standpunkt“ zurückzuführen. Die Konferenz nahm die gleiche Entschloßung an wie die Konferenz des Gew. II, Magdeburg. Etwa „Proletarier“ Nr. 10 vom 5. März 1927.

Dem beschloß sich die Konferenz mit der Lohnfrage in der Kalkindustrie. Die im Dezember gewährte Aufbesserung der Löhne von 3 1/2 Prozent pro Schicht ist kein Ausgleich für die fast der letzten Lohnregelung eingetretene Erhöhung aller Bedarfsartikel. Seit Dezember hat die Verteuerung weitere Fortschritte gemacht, am 1. April wird die Miete erhöht. Den Kalkarbeitern ist es nicht möglich, eine weitere Preissteigerung zu tragen. Die Unternehmer haben eine 10prozentige Preissteigerung bekommen. Das Reichsarbeitsministerium habe bei der Fällung des Schiedspruches die Auflage der Arbeitgeber nicht genügend berücksichtigt. Das Reichswirtschaftsministerium berücksichtige dagegen bei der Preissteigerung die Wünsche der Kalkindustrie um so mehr.

Die Organisationsleitung wurde beauftragt, zur gegebenen Zeit eine Änderung in der Lohnfrage herbeizuführen.

Nahrungsmittel-Industrie

Zehntausendtag und Konservenindustrie.

Die Nummer 8 der „Konserven-Industrie“ brachte einen längeren Artikel von Dr. Lieg, betitelt: „Wissenschaftliche Betriebsführung in der Konservenindustrie“. Darin wurde eine Reihe Anregungen gegeben, wie in der Konservenindustrie praktisch rationalisiert werden kann. Als Beispiel wird ein Betrieb aus der gemischten Branche angeführt, der in seiner Produktionsart der Konservenindustrie ähnelt. Über die Erfahrung in diesem Betriebe heißt es im dem Artikel:

Die folgende Abhandlung ist die Zusammenfassung der Ergebnisse einer vor etwa zwei Jahren begonnenen und heute in großen Zügen fertiggestellten völligen Reorganisation eines Betriebes der gemischten Branche, der Eigentümerin eines bekannten Markenmarktes.

Es ist gleich vorweggenommen werden, daß die Betriebsreorganisation eine Leistungssteigerung von durchschnittlich 20 Prozent erzielte, was zur natürlichen Folge hatte, daß die Arbeiterzahl auf ein Drittel ihres früheren Standes sank, ohne daß die Produktionsschritte sich verringert hätten. Gleichzeitige Erhöhung der Produktion um 20 Prozent bei einer Reduzierung der Arbeitszeit von 50 auf 42 Wochenstunden war ergab ferner die Möglichkeit, den Arbeitern einen wesentlichen Anteil der ortsüblichen Lohn liegenden Tagesverdienst zu gewähren.

Es wird weiter betont, daß bei dieser erstaunlichen Leistung das Arbeitstempo durchaus kein gesundheitsgefährliches Maß erreicht habe. Es sei zwar lebhaft, keinesfalls aber besonders forciert. Bei Durchführung der Rationalisierung in diesem Betriebe wurden folgende Grundzüge beachtet, die Dr. Lieg auch den Konservenfabrikanten empfiehlt: Arbeitszeit- und Arbeitsplanzellen, wissenschaftliche Arbeitsanweisungen, rechnerische Arbeitsleistung, Anordnung des Transportweges, Fleißarbeit und Landarbeit, möglichst überall Akkordarbeit, Vorseherstellung der Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit und sorgfältige Reorganisation des Betriebes. Uns interessiert insbesondere, was

Herr Dr. Lieg über die Vorseherstellung der Arbeiter und über die Verkürzung der Arbeitszeit sagt. Es heißt da:

1. Durch Vorseherstellung der Arbeiter. Die durch Vorseherstellung der Arbeiterzahl erzielten Ersparnisse haben es ermöglicht, wesentlich höhere Löhne zu zahlen als früher. Männliche Arbeiter verdienen 35 bis 40 Prozent über dem ortsüblichen Lohnsatz, weibliche 70 bis 80 Prozent darüber. Die Möglichkeit, einen hohen Tagesverdienst zu erzielen, wirkt auf den Arbeiter außerordentlich anspornend und erhöht seine Leistungsfähigkeit.

10. Durch Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 50 auf 42 Wochenstunden bietet dem Unternehmen nicht zu unterschätzende Vorteile. Quantitative Messungen, allerdings vorerst nur einzelner Abteilungen, haben erkennen lassen, daß etwa sechs bis acht Wochen nach Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung pro Zeiteinheit nicht merklich sinkt und daß in den in Frage kommenden Abteilungen heute tatsächlich in 42 Stunden nahezu dieselben Arbeitsleistungen erzielt werden wie vorher in 50 Wochenstunden. In einer einzigen Abteilung wird die frühere absolute Leistung sogar noch um ein wenig überschritten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt etwas über acht Stunden, der Sonntag



Der

erste Schritt zur Bildung einer Organisation ist die Werbung, die Agitation, die Gewinnung der Gleichinteressierten. Der

Agitator

ist der treibende Motor im Organisationsleben, der gepeift wird von der Erkenntnis der materiellen Lage der Arbeiterklasse. Der Agitator

ist

der Wecker der Schläfrigen, der Rufer aller Bedrückten, der Halt für die Wankelmütigen und Jaghaften; er ist

das

schlagende Herz und das mahnende Gewissen des Organisationskörpers. Der Agitator, die Agitatorin, sie sind das unentbehrliche

Lebenselement

für den Verband. Wo noch kein gewerkschaftlicher Agitator war, da hat die Arbeiterschaft die Fesseln der Unfreiheit, der Rechtslosigkeit

der

Entwürdigung noch nicht abgestreift. Agitation unter der Arbeiterschaft ist eine schwere und doch schöne Aufgabe. Wer will mithelfen, mitwerben für die

Organisation

im Interesse der Verbandsmitglieder, deren Familien, im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft?



abend bleibt ganz frei. Außer verringerter Ermüdung und dadurch konstanter Leistungsfähigkeit des Arbeiters bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit eine Ersparnis an Kraft und Licht, ferner können größere Reparaturen jeweils am Sonnabend vorgenommen werden. Nicht zu vergessen ist auch die Möglichkeit, plötzlich eintretende Unfallssteigerungen durch vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit auszugleichen, ohne neue und ungeübte Arbeiter einstellen zu müssen.

In anderer Stelle heißt es:

Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß hohe und gerechte Entlohnung, kürzere Arbeitszeit und bequemeres Arbeiten, kurz angenehmere Arbeitsbedingungen sich psychologisch und physiologisch aufs vorteilhafteste ausgewirkt haben. Die Ermüdung, am Tage sowohl wie im Laufe der Woche, hat sich vermindert, und die materielle Vorseherstellung des Arbeiters hat sicher einen Teil seiner häuslichen Sorgen aus der Fabrik verbannt, was rückwirkend wiederum mit ein Grund für erhöhte Leistungsfähigkeit gewesen sein dürfte. In ihrer Gesamtwirkung ergeben diese Faktoren zusammen, wie eingangs erwähnt, eine erstaunliche Verbesserung der Rentabilität des Betriebes, so daß sich die für die Reorganisation aufgewandten Kosten schon nach wenigen Monaten amortisierten.

In diesen Ausführungen wird bekräftigt, was weisliche Volkswirtschaftler schon immer gesagt haben. Die Arbeiterzahl eines Betriebes ist also auf ein Drittel ihres früheren Standes reduziert. (Für die Entlassenen ist das allerdings keine Vorseherstellung.) Die Arbeitszeit ist um 8 Stunden pro Woche verkürzt, und die Produktion ist um 20 Prozent gestiegen. Sehr beachtenswert ist ferner, was Herr Dr. Lieg über die Auswirkung der verkürzten Arbeitszeit und über die bessere Bezahlung sagt. In unzähligen Fällen ist dieses unsererseits frangemäß den Arbeitgebern immer wieder gesagt worden. Aber das Bestreben der Arbeitgeber auch in der Konservenindustrie ging und geht noch heute immer dahin, die Arbeiterschaft möglichst niedrig zu entlohnen.

Das gleiche trifft für die Arbeitszeit zu. Immer noch glaubt man, durch recht lange Arbeitszeit des einzelnen den Betrieb rentabel gestalten zu können. Wie sieht es diesbezüglich während der Kampagne in der Konservenindustrie aus. Da werden nicht acht Stunden täglich, sondern 10, 12, 14 und 16 Stunden hintereinander gearbeitet. Müde und abgepannt gehen Arbeiter und Arbeiterin nach Hause, schlafen einige Stunden und kommen am anderen Morgen müde und abgepannt wieder zur Arbeit. In diesem Zustande kann allerdings von einem frisch-fröhlichen Arbeitstempo nicht die Rede sein. Theoretisch wird in der Fachzeitschrift der Arbeitgeber, namentlich auch in der „Konserven-Industrie“, manch schönes Wort geschrieben. Wann werden die Arbeit-

geber das in der Praxis durchzuführen? Unseren Kollegen und Kolleginnen aus der Konservenindustrie aber wollten wir die Ausführungen des Herrn Dr. Lieg nicht vorenthalten. Um sie anzuspornen, daß der Achtstundentag, soweit es irgend möglich ist, auch hier durchgeführt wird, Überstunden dürfen eben auch hier nur in außerordentlich dringenden Fällen gemacht werden. Die 9- oder 10-Stundenschicht darf auch während der Kampagne nicht die Regel sein. Zur Erreichung dieses Zieles aber gehört eine geschlossene Organisation. E. S.

Der Siegeszug des gelben Geistes oder Das große Maul und nichts dahinter!

Die Deutsche Werkschmittgesellschaft vom 20. Februar 1927 brachte bezüglich der Zuckerraffinerie Halle a. S. eine Notiz mit der Überschrift: „Der Siegeszug des neuen Geistes“. Der Inhalt lautet: Abschluß eines neuen Werkvertrages bei der Zuckerraffinerie Halle a. S. Es heißt in der Notiz unter anderem:

Im Verlauf der vergangenen Woche fand der Abschluß eines neuen Werkvertrages bei der Zuckerraffinerie Halle a. S. statt, der der Belegschaft nicht unwesentliche Vorteile bringt. Der Grundlohn wurde um 5 Pf. die Stunde erhöht, und die Akkordlöhne möglichst gerecht ausgeglichen, mit weiteren Verbesserungen für gute Leistungen. — Unsere dortige Werkschmittgesellschaft ist die stärkste Organisation unter der Belegschaft, vertritt die Majorität und stellt dementsprechend den Gesamtbetriebsrat der Raffinerie.

Mit dieser Notiz soll der Eindruck erweckt werden, als hätte die Werkschmittgesellschaft in der Zuckerraffinerie Halle a. S. eine Lohnbewegung geführt mit dem Abschluß eines Werkvertrages. Die Zuckerraffinerie Halle gehört mit den Raffinerien Rositz und Alten zu dem Mitteldeutschen Konzern. In Rositz haben wir eine Lohnbewegung durchgeführt die eine Erhöhung der Stundenlöhne brachte. Zugleich mit Rositz unterbreitete unsere Organisation auch der Zuckerraffinerie in Halle eine Lohnforderung.

Die Direktion in Halle verlangte, in Ablehnung der Werkschmittgesellschaft als Vertragskontrahent. Das wurde von uns abgelehnt. Nunmehr teilte die Direktion dem Betriebsrat mit, daß sie bereit sei, in Halle die gleiche Bulage zu geben wie in Rositz. Davon macht die Werkschmittgesellschaft nun einen „Siegeszug des neuen Geistes“ und berichtet, daß sie einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Scheinbar bringen die Herren der Werkschmittgesellschaft, trotz des „Siegeszuges“ nicht so viel Geist auf, daß sie einfache Tatsachen auseinanderzusetzen können.

Der Werkschmittgesellschaft ist bekannt, daß sie Tarife überhaupt nicht abschließen kann. Dieses ist ihr anlässlich eines früheren Konfliktes von dem Schlichtungsausschuß Halle extra nochmal bestätigt worden. Das hindert sie aber nicht, das Maul recht weit zu tun und sich mit den Vorbeeren anderer zu schmücken. In einer Betriebsversammlung mußte der Vertreter der Werkschmittgesellschaft zugeben, daß seine Vereinigung nicht tariffähig sei. Wenn nun die Arbeiterschaft in Halle trotz der dort bestehenden miserablen organisatorischen Zustände eine Lohnbewegung erreicht hat, dann verdankt sie das in erster Linie unserer Organisation, die die Forderung einreichte und vertrat auf Grund des guten Organisationsverhältnisses der beiden anderen Raffinerien.

Die Arbeiterschaft der Zuckerraffinerien Halle gehörte früher zu den radikalsten Lesern. Aus den radikalen Elementen sind zum Teil recht zahme Werkvereiner, ja zum Teil sogar Stahlhelmleute geworden. Der Betrieb bildet seit langer Zeit ein Hindernis beim Vorwärtsschreiten in der Lohnfrage für die Konzernraffinerien. Ist nun der Lohn auch zunächst um einige Pfennige erhöht, so muß die Arbeiterschaft der Zuckerraffinerie Halle doch daran denken, die tariflichen Ertragsleistungen auch für die Zukunft zu sichern. Das kann sie aber mit einer Werkschmittgesellschaft nicht, die von Amts wegen befristet ist, daß sie nicht tariffähig ist und die nur von Unternehmern geliebt. Es wird höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft dieses Betriebes wieder auf sich selbst besinnt und daß sie wieder zum Fabrikarbeiterverband zurückkehrt, dem sie früher angehörte. Dann wird es auch wieder erträgliche tarifliche Zustände geben. E. S.

Die Sperre über die Vereinigte Eichhorn-A.-G. in Bremen aufgehoben.

Die Wünsche der Arbeiterschaft sind befriedigt. Die Betriebsleitung hat sich in anerkannter Weise bemüht, die Differenzpunkte zu beseitigen. Die Sperre ist aufgehoben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Groß-Rottmersleben Friedrich Orehke f. Unter 67 Jahren alter treuer Kollege ist tot. Als Kollege und Betriebsratsmitglied war er uns ein zuverlässiger Freund und Ratgeber. Wir werden ihn oft vermissen. Möchten die jungen Kollegen unseren alten, nunmehr toten Freund als Vorbild dienen lassen. Wir werden unsern Kollegen Orehke stets in Ehren gedenken.

Meißen Hermann Gabel f. Am Sonnabend, dem 26. Februar, verstarb im 46. Lebensjahr unser Kollege und Geschäftsführer Hermann Gabel. Der Gesundheitszustand des Kollegen Gabel ließ schon seit längerer Zeit zu wünschen übrig. Der Verstorbene wurde im Jahre 1919 bei unserer Jahnstelle angestellt und war die ersten 2 Jahre als Agitationsleiter tätig. Im Jahre 1922 wurde er zum Geschäftsführer der Verwaltungstelle gewählt. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern vertrat er mit Umsicht die Interessen unserer Kollegen und konnte in dieser Beziehung als Vorbild gelten. Anerkennend wird seiner Verdienste um die Arbeiterbewegung immer gedacht werden.

Literarisches.

Sozialistischer Literaturver. „Der Sozialistische Jahrbuch der Arbeiterbewegung“, herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berl., SW 68, Lindenstraße 3, 68 Seiten, Preis 1 Mk. — Der Mangel geeigneter Literaturführer hat die Redaktion der „Arbeiterbewegung“ veranlaßt, die Verlagsreihe des Jahrgangs 1926, mit entsprechenden Ergänzungen, als Sammelband herauszubringen. Der Band enthält nach einem allgemeinen Einleitungsartikel von Adolf Braun über „Wissenschaft und Arbeiterbewegung“ folgende Beiträge: Heinrich Cunow „Wirtschaftsgeschichte“, Paul Kampffmeyer „Deutsche Kultur- und Sozialgeschichte“, Alexander Stein „Die Ideengeschichte des Sozialismus“, Otto Jenßen „Geschichte der Revolutionen“, Max Quack „Die deutsche Arbeiterbewegung“, Richard Seidel „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“, Simon Katzenstein „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“, Alfred Kleinberg „Entwicklungslinien der neueren deutschen Literatur“, Anna Siemsen „Soziale Dichtung“, Karl Schröder „Der Roman als Gesellschaftsspiegel“, Georg Engelbert Graf „Verkehr und Wirtschaftsgeographie“.

Die Frauenwelt. Jedes Heft 30 Pf., mit Schminkeillustrationen 40 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder durch die Volksbuchhandlung. Die „Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. G. W. Nech Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.